

Schwarz-Gelb macht sich den Staat zur Beute

Bayern: Verdeckte Parteienfinanzierung und Hotelspende

In Bayern sieht die CSU seit Jahrzehnten den Freistaat als ihre Beute an. Neuestes Beispiel ist der Umfrageskandal. Wegen des Verdachts verdeckter Parteienfinanzierung wurde die CSU bei Bundestagspräsident Norbert Lammert angezeigt. Die von der Bayerischen Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Meinungsumfragen enthalten offenkundig klare Empfehlungen für die Politik der CSU, nicht aber der Staatsregierung.

Nicht zu vergessen: Nicht nur die FDP forderte eine Reduzierung der Mehrwertsteuer für Hoteliers und bekam gleichzeitig eine Spende aus dem Hotelgewerbe. Eigentlich stammt die Idee sogar von der CSU - sie erhielt auch eine Möwenpick-Spende des Milliardärs August von Finck (Clair Immobilien Mercator GmbH) von 820.000€.

Schleswig-Holstein: verfassungswidrige schwarz-gelbe Landesregierung

Der schwarz-gelbe Stimmenvorsprung vom Wahltag 2009 von drei Stimmen schrumpfte durch eine gerichtlich verfügte Nachzählung gegen den Widerstand der schwarz-gelben Landesregierung im Januar auf eine Stimme. Nun erklärte das Landesverfassungsgericht auch die aktuelle Sitzverteilung für verfassungswidrig. Obwohl CDU und FDP weniger Zweitstimmen bei den Landtagswahlen bekommen haben als die Opposition, erhielt sie durch Überhangmandate eine Stimme mehr.

Rheinland-Pfalz: Staatsgelder für den Wahlkampf der CDU

Der frühere CDU-Fraktionsgeschäftsführer Hebgen verbuchte u.a. Besuche im Lokalpuff „Hölle“ auf Rechnung der CDU-Landtagsfraktion (65.000 Euro). Nach seiner Anklage bezichtigte dieser daraufhin die CDU im Gegenzug im Landtagswahlkampf 2006 Fraktionsgelder eingesetzt zu haben. So seien im Landtagswahlkampf 2006 rund 386.000 Euro von der LTF an eine Düsseldorfer Beratungsagentur C4 geflossen und rechtswidrig für die Partei eingesetzt worden. Die Staatsanwaltschaft Mainz durchsuchte in diesem Kontext im Mai 2010 die Wohnsitze des früheren rheinland-pfälzischen CDU-Chefs Christoph Böhr, des Ex-CDU-Schatzmeisters von Rheinland-Pfalz, Herbert Jullien, und des ehemaligen rheinland-pfälzischen CDU Fraktionsgeschäftsführers Markus Hebgen (dpa, 5.5.2010). Der Vorwurf lautet Untreue und Beihilfe zur Untreue. Auch das Haus des damaligen Chefs der Beratungsagentur C4, Carsten Frigge (CDU), wurde durchsucht. Dieser ist heute neuer Hamburger Finanzsenator.

Saarland: Ein Verfassungsbrecher als Ministerpräsident

Das saarländische Verfassungsgericht hat einzelne Aktionen der Landesregierung vor der Wahl 2009 als verfassungswidrige Werbung zu Gunsten der CDU beurteilt. Damit war ein Teil des Wahlkampfs mit Steuermitteln aus der Landeskasse illegal.

Hessen: Den Skandalminister Nr. 1 wird Ministerpräsident

Der neue hessische Ministerpräsident hat mehr als einen Skandal hinter sich: In zahlreichen Untersuchungsausschüssen spielte Bouffier die zentrale Rolle. Derzeit soll etwa im Rahmen der sogenannten Polizeiaffäre geklärt werden, ob er einem Parteifreund aus seinem Heimatort unter zweifelhaften Umständen zum Chef der hessischen Bereitschaftspolizei gekürt hat – obwohl ein mindestens ebenso gut geeigneter Konkurrent angetreten war.

Baden-Württemberg: Schutz von Steuersündern

Die schwarz-gelbe Landesregierung in Stuttgart lehnt es ab, Daten über Steuersünder zu kaufen. Schon in früheren Fällen hatte die Landesregierung in Stuttgart so entschieden. Baden-Württemberg ist das einzige Land, das noch den Ankauf solcher Daten ablehnt.

Berlin: Der in den Bankenskandal verwickelte Landowsky stellt neues Führungsduo auf

Der in den Berliner Bankenskandal verwickelte ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende Landowsky hat mit seiner Einflussnahme auf die Entscheidung der Berliner CDU, Frank Henkel und Monika Grütters als neues Führungsduo aufzustellen, eine Rückkehr in die Landespolitik begonnen. Besonders pikant im damaligen Bankenskandal: eine Parteispende, an Landowsky übergeben, in Höhe von 40.000 Mark.

Hamburg: Umstrittener Senat

Ein innenpolitischer Hardliner mit Gastmitgliedschaft in einer schlagenden Studentenverbindung. Kulturstaatsrat wird mit Reinhard Stuth ein Politiker, den der ehemalige Oberbürgermeister Beust 2009 wegen schlechter Umgangsformen entlassen hatte. Bei Finanzsenator Carsten Frigge durchsuchte die Staatsanwaltschaft dessen Wohnungen in Mainz und Hamburg. Der Verdacht: Als Mitinhaber einer Düsseldorfer Beratungsagentur soll Frigge Beihilfe zur Veruntreuung geleistet haben. Wirtschaftsminister Karan gab zu, in seinem Lebenslauf die Unwahrheit gesagt zu haben. Er gab auch zu, für den Rechtspopulisten Schill mehr Geld gespendet zu haben als bislang zugegeben.

NRW: Abwahl der Skandal-CDU

Zwei Beispiele unter vielen: In NRW mussten Unternehmen auf Veranstaltungen der CDU dafür bezahlen, dass der damalige Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Jürgen Rüttgers persönlich an ihrem Stand vorbeischaute. So hatte die NRW-CDU bei ihrem Landesparteitag am 20. März in Münster nicht nur Ausstellungsflächen an Sponsoren vermietet, sondern für 20.000 Euro außerdem auch „Einzelgespräche mit dem Ministerpräsidenten und den Minister/innen“ versprochen. Für 14.000 Euro bot die Partei einen „Fototermin und Rundgang mit dem Ministerpräsidenten und den Minister/innen“ an.

Die Wähler in NRW haben die Konsequenz gezogen und die CDU abgewählt.

Niedersachsen: Einflussnahme auf die Justiz

Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hat anscheinend intern erheblichen Druck ausgeübt, um die deutsche Staatsbürgerschaft einer Linken-Politikerin zu verhindern. In einer internen E-Mail, die eine Mitarbeiterin des Innenministeriums an zwei Kollegen schickte, heißt es unter dem Betreff „Einbürgerung Hamilton“ aber: „Herr (... von der Region Hannover) muss uns unbedingt über die Entscheidung des Regionspräsidenten informieren. Herr Schünemann hatte sich zu dem Fall klar positioniert. Können wir zum jetzigen Zeitpunkt noch etwas tun, um die Entscheidung in eine bestimmte Richtung zu stoßen??? Wenn Frau Hamilton eingebürgert ist, ist es zu spät!“. April 2010 bürgerte die Region die Linkspolitikerin dann ein. Das Ministerium betonte nun, Schünemann habe nie mit der Mitarbeiterin, die die Mail verschickte, über den Fall gesprochen. Der „offenbar auf Ebene einzelner Mitarbeiter“ erweckte Eindruck einer Weisung durch ihn sei schlicht falsch.